

Medienbeobachtung

29.09.2023

Inhaltsverzeichnis

- S. 3 **Tirol fordert vom Bund 100 Mio. Euro**
28.09.2023 , Tiroler Tageszeitung Seite 4

Tiroler Tageszeitung vom 28.09.2023

Tirol fordert vom Bund 100 Mio. Euro

Heuer dürfte es ein Rekord-Minus für die Tiroler Krankenanstalten geben. Das Land stellt bereits 213 Millionen Euro für die neun Spitäler zur Verfügung.

Innsbruck - Ohne so genannte Betriebszuschüsse des Landes wären die Abgänge bereits im Vorjahr auf 105 Millionen Euro geschossen. Für heuer greift das Land wieder tief in die Tasche. Für die Tirol Kliniken (Innsbruck, Hall sowie Natters/Hochzirl) müssen aus dem Landesbudget 168 Millionen Euro aufgebracht werden, die sechs Bezirksspitäler in Lienz, St. Johann, Kufstein, Schwaz, Reutte und Zams erhalten 45,2 Millionen Euro frisches Geld. Also insgesamt 213 Millionen Euro.

Auf Dauer ist das aus dem Landesbudget nicht mehr zu schaffen. Derzeit wird gerade der Voranschlag für 2024 verhandelt, zugleich geht es um die Aufteilung der Bundessteuern zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Doch die Gespräche über den Finanzausgleich kommen nur mühsam voran, im Gesundheitsbereich stocken sie. Aber gerade hier hakt Tirols Landeshauptmann und Landesfinanzreferent Anton Mattle (VP) ein. Es benötigt einfach mehr Geld vom Bund.

"Die von den Bundesländern geforderte Gesundheitsmilliarde für die Stabilisierung der Krankenhausfinanzierung wäre im kommenden Jahr notwendig, um die aktuellen Standards und Leistungen abzudecken", sagt Mattle. Das wären für Tirol anteilmäßig rund 100 Millionen Euro, die der Bund als seinen fairen Beitrag einbringen müsste. Damit könnten aber nur der aktuelle Zustand gesichert und noch keine Verbesserungen umgesetzt werden.

Das aktuell vom Bund in Aussicht gestellte Angebot beträgt für die Gesundheit jedoch nur 450 Millionen Euro für Reformen im spitalsambulanten Bereich. Außerdem ist noch unklar, wie diese Mittel eingesetzt werden könnten. Sie seien aber nicht für den Abgang bei den Krankenanstalten gedacht, fügt Mattle hinzu, der einmal

Tirol würde aus der vehement geforderten Gesundheitsmilliarde rund 100 Millionen Euro erhalten."

LH Anton Mattle/VP (Finanzreferent)

mehr auf die Verschiebungen in der Vergangenheit hinweist.

So ist der Beitrag vom Bund von 47,94 auf 41,92 Prozent gesunken. Daraus ergibt sich die große Kluft in der Gesundheitsfinanzierung. "Die Reformbereitschaft der Länder ist in der Gesundheitsversorgung gegeben, das zeigen auch Statistiken", bekräftigt Mattle. Es sei allerdings unbedingt notwendig, die Krankenanstaltenfinanzierung zu stabilisieren. Mattle: "Hier soll und muss der Bund seinen Pflichten laut der Finanzverfassung auch nachkommen."

Die Mitarbeiter in den Spitälern sind am Limit, allerdings stößt auch ihre Finanzierung an die Grenzen des Landesbudgets.

Foto: dpa

Quelle Tiroler Tageszeitung

Pressespiegel

Typ	Tageszeitungen
Land	AT
Autor:in	Peter Nindler
Sprache	Deutsch



Ohne den massiven Ausbau der Kinderbetreuungs-Infrastruktur wird Tirol sein Ziel nicht erreichen. Symbolfoto: Böhm

Flexibilität an allen Bildungs-Fronten

Die BildungslandesrätInnen tagen ab heute in Klagenfurt. Tirol hadert mit zu starren Bundesregelungen bei Kindergartenbauten und der schulischen Tagesbetreuung.

Von Manfred Mitterwachauer

Innsbruck, Klagenfurt – Tirols Bildungslandesrätin Cornelia Hagele (VP) reist mit einem guten Gefühl nach Kärnten. In Sachen Kinderbildung und Kinderbetreuung wähnt man sich hierzulande dem Bund bereits um einen Schritt voraus. Bundeskanzler Karl Nehammers (VP) Ankündigung, den Ländern 4,5 Milliarden Euro bereitzustellen, um bis zum Jahr 2030 nicht nur 50.000 Plätze neu zu schaffen, sondern auch infrastrukturell auszubauen, kam just zu einem Zeitpunkt, da Schwarz-Rot den versprochenen Rechtsanspruch praktisch bereits dingfest gemacht hatte. Auch wenn der Rechtsanspruch kein wirklicher, weil nicht als individuelles Recht einklagbar, sein wird. Vielmehr strebt Tirol das „Recht auf Vermittlung“ eines Bildungs- und Betreuungsplatzes an. Ab Herbst 2026 flächendeckend.

Insofern sieht sich Tirol bundesweit als Vorreiter. Und doch ist man auch abseits des Finanziellen auf den Bund angewiesen. Das Tiroler Modell baut auf Flexibilität, krankt aber noch an zu starren Vorgaben aus Wien. Wie etwa bei

den vorgegebenen Abrechnungsmodalitäten für Krippen- und Kindergartenplätze: dass Abrechnungen strikt im Anschluss an das jeweilige Kindergartenjahr eingereicht werden müssten oder dass die Förderung für die Schaffung neuer Kindergartenplätze erst fließe, wenn diese in Betrieb genommen, sprich belegt, werden. In Tirol wird derzeit die aktuelle Bedarfserhebung der Gemeinden vom Land ge-

„Bis zur Einführung des Assistenzpädagogik-Gesetzes muss es möglich sein, Lehrpersonen im neuen Dienstrecht einzusetzen.“

Cornelia Hagele
(Bildungslandesrätin; ÖVP)

prüft und ausgewertet. „Nur durch angepasste Richtlinien können aber vorausschauende und effiziente Planungen vollzogen werden“, wird Hagele einen entsprechenden Antrag in der Länderkonferenz einbringen.

Mehr Handlungsfreiheit verlangt Tirol vom Bund aber auch in einer anderen Causa, nämlich der schulischen Tagesbetreuung. Ausreichend Personal für selbige zu be-

kommen, ist aktuell keine einfache Aufgabe. Zuletzt hatte das Land – aufgrund der Pleite der GemNova und deren Tochter Bildungspool – die gemeinnützige „KIB Kinder Bildung GmbH“ gründen müssen, um eben die in vielen Gemeinden bis dato ausgelagerte Organisation und Besetzung der schulischen Tagesbetreuung weiterhin garantieren zu können.

Abhilfe soll die „pädagogische Assistenz“ bringen. Dieses neue Berufsbild samt zentraler Administration in den Bildungsdirektionen ist im Konzept des Bildungsministeriums zum „Assistenzpädagogik-Gesetz 2023“ vorgesehen. Der Ausbau von ganztägigen Schulformen soll derart erleichtert werden. Hagele will nun via Länder Druck auf den Bund machen, das Gesetz auch in die Gänge zu bringen. Bis dahin müsse der Bund aber den Ländern Spielraum für Übergangslösungen einräumen. Etwa indem das Verbot, Lehrer im neuen Dienstrecht auch für die Freizeitbetreuung heranzuziehen, aufgehoben werden soll: „Nur so können wir für eine Entspannung der aktuellen Herausforderung sorgen“, so Hagele.

Tirol fordert vom Bund 100 Mio. Euro

Heuer dürfte es ein Rekord-Minus für die Tiroler Krankenanstalten geben. Das Land stellt bereits 213 Millionen Euro für die neun Spitäler zur Verfügung.

Von Peter Nindler

Innsbruck – Ohne so genannte Betriebszuschüsse des Landes wären die Abgänge bereits im Vorjahr auf 105 Millionen Euro geschossen. Für heuer greift das Land wieder tief in die Tasche. Für die Tirol Kliniken (Innsbruck, Hall sowie Natters/Hochzirl) müssen aus dem Landesbudget 168 Millionen Euro aufgebracht werden, die sechs Bezirks-spitäler in Lienz, St. Johann, Kufstein, Schwaz, Reutte und Zams erhalten 45,2 Millionen Euro frisches Geld. Also insgesamt 213 Millionen Euro.

Auf Dauer ist das aus dem Landesbudget nicht mehr zu schaffen. Derzeit wird gerade der Voranschlag für 2024 verhandelt, zugleich geht es um die Aufteilung der Bundessteuern zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Doch die Gespräche über den Finanzausgleich kommen nur mühsam voran, im Gesundheitsbereich stocken sie. Aber gerade hier hakt Tirols Landeshauptmann und Landesfinanzreferent Anton Mattle (VP) ein. Es benötigt einfach mehr Geld vom Bund.

„Die von den Bundesländern geforderte Gesundheitsmilliarde für die Stabilisierung der Krankenhausfinanzierung wäre im kommenden Jahr notwendig, um die aktuellen Standards und Leistungen abzudecken“, sagt Mattle. Das wären für Tirol anteilmäßig rund 100 Millionen Euro, die der Bund als seinen fairen Beitrag einbringen müsste. Damit könnten aber nur der aktuelle Zustand gesichert und noch keine Verbesserungen umgesetzt werden.

Das aktuell vom Bund in Aussicht gestellte Angebot beträgt für die Gesundheit jedoch nur 450 Millionen Euro für Reformen im spitals-ambulanten Bereich. Außerdem ist noch unklar, wie diese Mittel eingesetzt werden könnten. Sie seien aber nicht für den Abgang bei den Krankenanstalten gedacht, fügt Mattle hinzu, der einmal



Foto: Springer

„Tirol würde aus der vehement geforderten Gesundheitsmilliarde rund 100 Millionen Euro erhalten.“

LH Anton Mattle/VP
(Finanzreferent)

mehr auf die Verschiebungen in der Vergangenheit hinweist.

So ist der Beitrag vom Bund von 47,94 auf 41,92 Prozent gesunken. Daraus ergibt sich die große Kluft in der Gesundheitsfinanzierung. „Die Reformbereitschaft der Länder ist in der Gesundheitsversorgung gegeben, das zeigen auch Statistiken“, bekräftigt Mattle. Es sei al-

lerdings unbedingt notwendig, die Krankenanstaltenfinanzierung zu stabilisieren. Mattle: „Hier soll und muss der Bund seinen Pflichten laut der Finanzverfassung auch nachkommen.“

Milliarden-Poker

Rauch bleibt hart. Bei einem Treffen der Landesgesundheitsreferenten mit Sozialminister Johannes Rauch (Grüne) in der Vorwoche wurde kein Einvernehmen über die künftige Gesundheitsfinanzierung erzielt.

Geld für Reformen: Bis zu zehn Mrd. Euro stellt der Bund in den nächsten fünf Jahren für Reformen in Gesundheit und Pflege bereit. Im Gesundheitsbereich sollen die zusätzlichen Mittel vor allem in die Stärkung des niedergelassenen Bereichs und in den Ausbau von Fachambulanzen in den Spitälern investiert werden.



Die Mitarbeiter in den Spitälern sind am Limit, allerdings stößt auch ihre Finanzierung an die Grenzen des Landesbudgets. Foto: dpa

Politik in Kürze

GemNova-Schulden steigen auf 9,7 Mio. Euro



Nach der GemNova-Pleite schlitterte auch der Gemeindeverband in eine finanzielle Schieflage. Foto: Daniel Liebl

Das Landesgericht hat jetzt alle sieben Gesellschaften der GemNova-Gruppe geschlossen. Die Gläubiger der Gemeindeverbands-Töchter konnten in den vergangenen Wochen ihre Forderungen bekannt geben. Laut Kreditschutzverband von 1870 wurden bisher rund 14,3 Millionen Euro an Insolvenzforderungen angemeldet. Der Insolvenzverwalter Stefan Geiler hat diese

im Detail geprüft und davon rund 9,7 Millionen als berechtigt anerkannt. „Für die Gläubiger ist die Frage spannend, welche Ansprüche der Insolvenzverwalter wegen der Verletzung von Kapitalerhaltungsvorschriften gegen den Tiroler Gemeindeverband geltend machen wird“, sagt Klaus Schaller vom Kreditschutzverband.

Der neue Gemeindeverbandspräsident Franz-

Josef Schubert rechnet im schlimmsten Fall mit rund zehn Millionen Euro an Ansprüchen gegenüber dem Verband. Mit großer Mehrheit haben die Bürgermeister deshalb in der Vorwoche eine Erhöhung der Mitgliedsbeiträge für 2023 und 2024 um jeweils 1,2 Millionen Euro beschlossen.

Die schwarz-rote Landes-

regierung will anhand einer Studie den Wohnbedarf im Land erheben. Dafür wurde eine Studie in Auftrag gegeben, für die das Institut für Geographie der Universität Innsbruck verantwortlich zeichnet. Es soll vermieden werden, dass man „am Bedarf vorbei“ baue, begründet Wohnbaureferent LHStv. Georg Dornauer (SPÖ) die Untersuchung. 77.500 Euro wurden dafür bereitgestellt. (pn, TT)